

An die Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
im Deutschen Bundestag

nachrichtlich an:
den Bundesfinanzminister
den Bundeswirtschaftsminister sowie
die Parteivorsitzenden von SPD,
Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Offener Brief von Paritätischem und BUND: Klimaschädliche Subventionen abbauen und Reichtum stärker besteuern

Sehr geehrte Abgeordnete von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP,

die zentrale Herausforderung unserer Zeit liegt darin, die Lebensverhältnisse ökologischer und gerechter zu gestalten. Nur so machen wir uns widerstandsfähig gegen zukünftige Krisen. Anlässlich der derzeitigen Diskussion um den Bundeshaushalt 2024 möchten wir daher auf die drängenden sozial-ökologischen Aufgaben hinweisen. Mit der Einführung einer Kindergrundsicherung und dem ökologischen Umbau der Landwirtschaft, mit dem naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien und der Bekämpfung von Armut oder mit dem Ausbau der sozialen und grünen Infrastruktur stehen immens wichtige Zukunftsaufgaben an. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese nur dann gemeistert werden können, wenn der öffentlichen Hand ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Seit den Koalitionsverhandlungen hat sich die Welt drastisch verändert. Die Krisen haben sich verschärft und öffentliche Aufgaben sind gewachsen, während altbekannte Probleme nicht an Dringlichkeit verloren haben. All diese Aufgaben erfordern große öffentliche Investitionen und Ausgaben. Es ist daher an der Zeit, der ausgerufenen Zeitenwende auch steuerpolitisch Rechnung zu tragen. Ohne zusätzliche Einnahmen der öffentlichen Haushalte werden wir den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen, vom Pflegenotstand bis zum Klimaschutz, nicht gerecht werden können.

Dazu gibt es Lösungen, die sowohl zu mehr sozialer Gerechtigkeit als auch zu einem besseren Klima- und Umweltschutz führen: Wir fordern die deutliche stärkere Besteuerung sehr großer Einkommen und großer Vermögen, wie beispielsweise durch

die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. Wir fordern weiter den Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen im Verkehrs-, Energie-, Landwirtschafts- und Bausektor. Insgesamt belaufen sich diese auf mehr als 65 Milliarden Euro im Jahr - Tendenz steigend. Allein die schädlichen Subventionen im Verkehrsbereich kosten jährlich mehr als 30 Milliarden Euro, beispielsweise das Dienstwagen- und Dieselpri- vileg sowie die Entfernungspauschale. Diese Subventionen sind nicht nur umwelt- schädlich, sie fehlen der öffentlichen Hand und sind sozial ungerecht. Sie sind zu streichen bzw. durch zielgerichtete Hilfen für Menschen mit geringen Einkommen zu ersetzen.

Lassen Sie die Umsetzung wichtiger sozialer und ökologischer Vorhaben nicht an mangelnden Finanzmitteln scheitern.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ulrich Schneider
(Hauptgeschäftsführer
des Paritätischen Gesamtverbandes)

Olaf Bandt
(Vorsitzender des BUND)